

17.07.2003

Sanierung schützt nicht vor vergiftetem Grundwasser

Eigene Untersuchungen und ein unveröffentlichtes Gutachten der Senatsverwaltung belegen die ständig fortschreitende Grundwasservergiftung durch die Deponie Wannsee. Das ist nicht verwunderlich, denn auf der Deponie wurden neben Haus- und Industrieabfällen auch 400.000 Kubikmeter Sonderabfälle wie Altöl, Perchlorethylen, Klärschlämme etc. gelagert. Es ist nicht nur eine 22fache Überschreitung der Grenzwerte für Arsen, sondern auch die Belastung des Grundwassers mit Insektiziden, Weichmachern, Medikamentenrückständen und anderen schädlichen Chemikalien festgestellt worden. Da der Senat keine Schutzmaßnahmen gegen die aus der Deponie ins Grundwasser fließenden Giftstoffe ergreift, sondern lediglich den Niederschlagseintrag in den Deponiekörper durch eine dicke Erd- und Lehmschicht mit starker Begrünung reduzieren will, wird die Grundwasservergiftung nur um ein Drittel reduziert.

Privatpersonen werden bestraft, wenn sie das Grundwasser vergiften. Auch Senat und BSR haben sich an Gesetze zu halten. Deshalb fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine fachgerechte Sanierung der Deponie Wannsee, bei der die Giftstoffe durch Spundwände am Austreten ins Grundwasser gehindert werden. Das giftige Deponiesickerwasser muss abgepumpt und gereinigt werden. In anderen Städten, beispielsweise in Frankfurt am Main, wird die alte Hausmülldeponie, die der Wannseedeponie gleicht, entsprechend saniert. Auch das schadstoffbelastete Grundwasser muss abgepumpt werden.

Diese Maßnahme ist problemlos aus den so genannten Deponierückstellungen zu finanzieren. Die BSR hat ca. 500 Millionen Euro aus den Müllgebühren angespart, mit denen Berliner Deponien in Brandenburg saniert werden sollen. Hierfür wird aber bestenfalls die Hälfte benötigt, so dass Geld für fachgerechte Sanierungsmaßnahmen vorhanden ist.

Die Sanierung muss sofort erfolgen, weil weiteres Verzögern noch höhere Kosten verursacht.□